

Migrationsmanagement: Deutschland und Gambia

--- Alexander Supady / Veit Lorenz Cornelis ---

Situation und Zielformulierung

Migration ist eine Tatsache, mit der sich die Gesellschaft Deutschlands beschäftigen muss. Eine restriktives Grenzregime verhindert keine Migration. Es sind Mechanismen und Instrumente nötig, die der Komplexität von Migration gerecht werden. Die Integration von Menschen in Europa und der Ausbau einer fairen ökonomischen Alternative zur klassischen Entwicklungshilfe sind hierfür notwendige Maßnahmen.

Beispiel: Gambia

Gambia ist mit etwa zwei Millionen Einwohner*innen eines der kleinsten afrikanischen Länder. Es liegt in Westafrika als schmaler Landstreifen entlang des Gambia-Flusses und grenzt im Westen an den Atlantischen Ozean. Die Landgrenzen teilt es mit Senegal. In den vergangenen zehn Jahren sind mehr als 40.000 Menschen aus Gambia irregulär in die EU eingereist, die meisten über den Seeweg von Libyen, Tunesien oder Ägypten ausgehend (sog. "Zentrale Mittelmeerroute").¹ Ende 2018 lebten knapp 14.000 Menschen aus Gambia ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutschland.²

Zielland Baden-Württemberg

Das Bundesland Baden-Württemberg trägt im Umgang mit Migrant*innen aus Gambia eine besondere Verantwortung, da hier mit etwa 10.000 Schutzsuchenden eine bedeutende Zahl der aus Gambia nach Deutschland Zugewanderten leben. Viele von ihnen sind oder werden in absehbarer Zeit ausreisepflichtig; die Anerkennungsquote für Asylanträge von Menschen aus Gambia ist nur sehr gering.³ Die fehlende langfristige Bleibeperspektive ist für die Betroffenen oft sehr belastend (Resilienzverlust) und es verhindert eine wirksame Integration, obwohl momentan nur sehr wenige Menschen aus Gambia tatsächlich in ihr Heimatland abgeschoben werden – im Jahr 2018 nur 144 Menschen.⁴ Die *Global Initiative on Health, Migration and*

¹ Frontex (2019): Detections of illegal border-crossings; URL: <https://bit.ly/2T7eYoU> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019).

² Ende 2018 lebten 2700 Gambier mit einem befristeten Aufenthaltstitel in Deutschland, etwa 3400 waren geduldet, etwa 6400 hatten eine Aufenthaltsgestattung, etwa 1200 waren ohne jeden Aufenthaltsstatus: <https://bit.ly/2YI1pBU> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019).

³ Im Jahr 2018 entschied das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über 4329 Asylanträge von Menschen aus Gambia. Nur 136 dieser Menschen erhielten eine Anerkennung als Asylberechtigte, als Flüchtlinge oder subsidiären Schutz, das sind etwa drei Prozent der Antragsteller*innen: <https://bit.ly/2MDaXHH> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019).

⁴ Bundestagsdrucksache 19/8021 – Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Abschiebungen und Ausreisen im Jahr 2018; URL: <https://bit.ly/33dEEVC> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019).

Development unterstützt daher den Vorschlag eines Abschiebestopps aller aktuell in Deutschland lebenden Menschen aus Gambia.⁵

Reduktion von irregulärer Migration und Todesfällen auf dem Mittelmeer

Seit Jahren finden tausende Menschen beim Versuch über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen den Tod – das Mittelmeer ist die tödlichste Grenze der Welt.⁶ Um die Zahl der Fluchtversuche und der Todesfälle auf dem Mittelmeer zu reduzieren, werden Abschreckungsmaßnahmen für die Migrant*innen diskutiert. So sollen zukünftig in Deutschland Ankommende aus Gambia rasch in ihr Heimatland zurückgeführt werden können. Hierfür ist unter anderem eine vertiefte Kooperation zwischen deutschen und gambischen Behörden notwendig, um beispielsweise rasch Reise- und Ausweisdokumente für irregulär eingewanderte Menschen zu bekommen. Die Erwartung an eine solche Abschiebepolitik ist, dass sich innerhalb der migrationswilligen Bevölkerung in Gambia herumsprechen soll, dass eine Flucht nach Europa mit sofortiger Abschiebung endet. Diese Argumentation erscheint vordergründig folgerichtig, es ist jedoch sehr fraglich, ob sich diese Wirkung tatsächlich zeigen wird. Die Gründe für Gedanken an eine Auswanderung sind vielschichtig und komplex. Bei unveränderten Bedingungen in Gambia bleiben die Ursachen und Gründe bestehen, die die Menschen dazu bewegen, ihre Heimat zu verlassen. Man muss davon ausgehen, dass die Menschen folglich Deutschland als Zielland meiden, stattdessen jedoch auf ein anderes EU-Land ausweichen. Eine Reduktion der Fluchtversuche und der Todesfälle auf dem Mittelmeer ist empirisch aufgrund der Komplexität der Migrationsgründe nicht zu erwarten.

Der Vorschlag rascher Rückführungen irregulär nach Deutschland eingewanderter Menschen folgt einem ähnlichen Schema wie jenem des EU-Türkei-Abkommens vom März 2016. Dieses ist jedoch auf eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Gambia nicht einfach zu übertragen. Der zwischenzeitliche „Erfolg“ des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Türkei (die Zahl der über den Seeweg der Ägäis fliehenden Menschen hat im Vergleich zu Ende 2015 deutlich abgenommen) ist auf massive Grenzkontrollen durch die Türkei zurückzuführen und beruhte nicht auf der abschreckenden Wirkung rascher Rückführungen der Menschen, die weiterhin die Grenze überwandern. Hinzu kommen menschenrechtliche Fragen, die sich im Hinblick auf den Anspruch der EU hinsichtlich eigener Werte stellen (z.B. Demokratisierungsgrad, Korruption, Menschenrechte, Gleichstellung und Diversity).

Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland

Bei insgesamt 1,8 Millionen Schutzsuchenden, die sich derzeit in Deutschland aufhalten, ist der relative Anteil von etwa 14.000 Menschen aus Gambia in Deutschland – dies sind *weniger als 0,01% der Schutzsuchenden* in Deutschland – insgesamt sehr gering.⁷ Auch weitere aus Gambia zuwandernde Menschen werden dieses Verhältnis nicht relevant verändern – die zahlenmäßige Bedeutung der Zuwanderung aus Gambia wird daher für Deutschland wie auch für die EU insgesamt nur sehr gering bleiben. Eine Vereinbarung mit dem Ziel vereinfachter und rascher Rückführungen irregulär eingewanderter Menschen aus Gambia kann daher nur als Pilotprojekt für eine Anwendung auch auf andere Länder, aus denen zahlenmäßig deutlich

⁵ Europäische Stabilitätsinitiative (2019): The Gambia-Plan – win-win with Africa – the 11th commandment; URL: <https://bit.ly/2MEpqDq> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019).

⁶ International Organization for Migration (2019): Missing Migrants Project; URL: <https://missingmigrants.iom.int/> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019).

⁷ Statistisches Bundesamt (2019): Pressemitteilung Nr. 276 vom 18. Juli 2019; URL: <https://bit.ly/33nCEue> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019).

mehr Menschen nach Deutschland kommen, interessant sein. Doch auch hierbei muss der Grundsatz gelten: Jedes Land, mit dem Abkommen getroffen werden, muss als Einzelfall betrachtet werden.

Im Jahr 2018 wurden in Deutschland insgesamt 161.932 Asylersanträge gestellt. 27% der Antragsteller*innen kamen aus Syrien (die Anerkennungsquote für diese Anträge lag bei 81%). Unter den Antragssteller*innen aus den Ländern Afrikas südlich der Sahara kamen die meisten aus Nigeria, Eritrea und Somalia (insgesamt 13% aller Asylersanträge). Auch hier waren die Anerkennungsquoten deutlich höher als bei Anträgen von Menschen aus Gambia (Nigeria 7%, Eritrea 67%, Somalia 33%).⁸

Eine Vereinbarung vereinfachter und rascher Rückführungen ist auf Länder wie Syrien, Nigeria, Eritrea oder Somalia aufgrund der politischen und der individuellen Sicherheitslage in absehbarer Zeit nicht übertragbar. Somit kann sie für die Mehrzahl der Asylsuchenden in Deutschland keine Bedeutung entfalten und somit auch nicht dazu beitragen, die Zuwanderung von Schutzsuchenden nach Deutschland relevant zu begrenzen.

Entwicklungszusammenarbeit als Mittel des Migrationsmanagements?

Die Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit als Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung und Migrationskontrolle (Migrationsmanagement) ist kritisch zu bewerten. Jede Entwicklungszusammenarbeit sollte unabhängig und losgelöst von Erwägungen zum Migrationsmanagement und zum Grenzschutz den Entwicklungsbedarf in einem Land oder in einer Region ermitteln, Entwicklungsziele definieren und Projekte in fairer Zusammenarbeit zwischen Geberländern und Empfängerländern umsetzen. Investitionen in Grenzschutzmaßnahmen und die Zusammenarbeit bei der Grenzsicherung sollten nicht aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit geleistet werden und nicht mit dieser vermischt werden, da es sich um grundsätzlich verschiedene Handlungsbereiche handelt.

Darüber hinaus ist die Erwartung, durch (wirtschaftliche) Entwicklung Migration aus Ländern niedriger und mittlerer Einkommen (*low- and middle-income countries* (LMICs)) zu reduzieren, empirisch nicht zu belegen. Nach der *Migration-hump-Theory* wird Migration über längere Distanzen mit einem zunehmendem Pro-Kopf-Einkommen überhaupt erst möglich.⁹ In vielen afrikanischen Herkunftsländern von Migrant*innen wird ein zunehmendes Pro-Kopf-Einkommen somit Migration eher fördern als eindämmen.

Integration statt Abschiebungen

Darüber hinaus sollte sich Deutschland nicht primär auf die Abwehr und Rückführung von Migrant*innen konzentrieren, sondern vielmehr die Aufnahme- und Integrationsmöglichkeiten und auch den Bedarf an Zuwanderung betrachten.

Die anhaltend niedrigen Geburtenraten in Deutschland führen zu einer weiteren Alterung der Gesellschaft. Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (20-64 Jahre) wird von aktuell 50 Millionen bis zum Jahr 2035 um zwölf Prozent auf voraussichtlich 44 Millionen Menschen

⁸ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2019): Asylgeschäftsstatistik (01-12/2018); URL: <https://bit.ly/2MDaXHH> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019); ebd. (2019): Das Bundesamt in Zahlen 2018 – Modul Asyl; URL: <https://bit.ly/2M7Ylcr> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019).

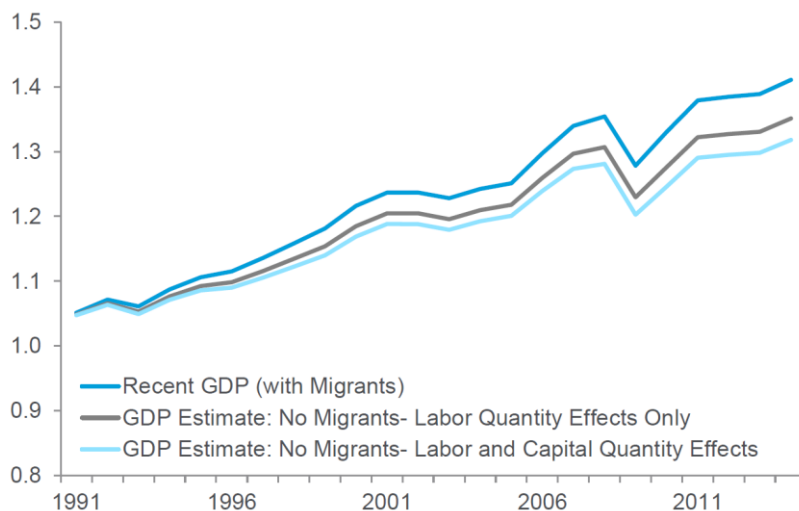
⁹ de Haas, Hein (2010): Migration transitions: a theoretical and empirical inquiry into the developmental drivers of international migration; URL: <https://bit.ly/2YDIUyo> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019).

sinken.¹⁰ Zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes und zur Sicherung der Sozial- und Rentensysteme ist Deutschland daher auf die weitere Zuwanderung junger Menschen angewiesen. Schon heute zeigen sich in manchen Regionen die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs von Menschen im erwerbsfähigen Alter deutlich.¹¹

Deutschland sollte nach unserer Einschätzung die Chancen der Zuwanderung von Menschen nach Deutschland stärker anerkennen und die gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen schaffen, diese Möglichkeiten möglichst umfassend zu nutzen. Etwa dreiviertel der Zugewanderten sind unter 45 Jahre alt.¹² Im Hinblick auf die demographische Entwicklung einer zunehmend alternden Gesellschaft in Europa können sie dabei helfen, den Bedarf an Arbeitskräften in den kommenden Jahrzehnten zu sichern. Darüber hinaus tragen die Zuwandernden zu einer nachhaltigen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der Rentenversicherung, bei.

Der gesamtökonomische Einfluss von Migration auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland ist in den vergangenen 25 Jahren deutlich positiv und es ist zu erwarten, dass dieser Effekt anhält und sich womöglich sogar verstärkt:

Zurückliegendes Wirtschaftswachstum in Deutschland (1990-2014) mit und ohne Migration



Quelle: Migration and the Economy. Citi GPS: Global Perspectives & Solutions, September 2018

Um diesen positiven Einfluss von Migration auf die wirtschaftliche Entwicklung nutzen zu können, ist es wichtig, Strukturen zu schaffen, die einen weiteren Zuzug von Migrant*innen und die Integration der Menschen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt ermöglichen. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das im Juni 2019 von Deutschen Bundestag beschlossen

¹⁰ Slupina, Manuel et al. (2019): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind; URL: <https://bit.ly/2uHJxqa> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019).

¹¹ Correctiv (2019): Gute Chancen, aber nicht überall; URL: <https://bit.ly/2yDdAkF> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019).

¹² o. A. (2018): Referentenentwurf des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung; URL: <https://bit.ly/2MBzIUC> (zuletzt aufgerufen: 05.08.2019).

wurde, ist hier ein erster wichtiger Schritt.¹³ Die Regelungen dieses Gesetzes reichen jedoch bei Weitem nicht aus, um den Bedarf des Arbeitsmarktes für die kommenden Jahre auch tatsächlich zu decken. Ein weiterer Fokus auf die Flüchtlinge und Migrant*innen, die bereits in Deutschland leben, und verstärkte Ausbildungs- und Integrationsbemühungen sind notwendig.

Flucht und Migration lassen sich nur sehr eingeschränkt durch teure und aufwendige Grenzschutzmaßnahmen oder eine restriktive Aufnahme- und Asylpolitik begrenzen. Eine rationale und humane Einwanderungs- und Migrationspolitik sollte sich daher weniger auf aufwendige und kostspielige Abschiebungen und Zurückweisungen von wenigen Menschen konzentrieren als auf die Integration und Ausbildung derjenigen, die bereits eingewandert sind oder in den kommenden Jahren kommen werden.

© Global Initiative on Health, Migration and Development, 06. August 2019

www.global-initiative.org

¹³ Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2019): Fachkräfteeinwanderungsgesetz; URL: <https://bit.ly/33fTk6C> (zuletzt aufgerufen: 06.08.2019).